Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 99 (2002)

Heft: 2: r

Artikel: "Die Sozialhilfe ist bereits ein Kombilohn" : Heiner Brülle zu den Ergebnissen der Wiesbadener Studie

Autor: Brülle, Heiner / Richter, Alexandra

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-840313

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Die Sozialhilfe ist bereits ein Kombilohn»

Heiner Brülle* zu den Ergebnissen der Wiesbadener Studie

Was hat Sie an den Ergebnissen der Studie überrascht?
Die grösste Überraschung war sicherlich die hohe Fluktuation von SozialhilfebezügerInnen, diese hätte ich geringer eingeschätzt. Umgekehrt war die Zahl der Pendler, also jener, die immer wieder in die Sozialhilfe ein- und aussteigen, niedriger als angenommen. Aufgrund der häufig prekären Beschäftigungsverhältnisse hatte ich mit einem Anteil von zirka 15 Prozent gerechnet. Hier war die Lage aber relativ stabil. Vielleicht war auch unsere Definition zu eng gefasst.

Sozialhilfe betrifft also mehr Menschen als angenommen?
In einer Lebensphase auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, das kann jedem passieren, vielleicht gerade in einer so reichen Stadt wie Wiesbaden. Soziologen sprechen von einer «Entgrenzung der Armut», genau dies haben wir vorgefunden.

Was sind die Hauptauslöser für Sozialhilfebezug?
Entscheidend sind die Arbeitsmarktchancen, dies hat sich bei der Auswertung betreffend der Qualifizierung der Empfänger gezeigt. Hier muss noch mehr getan werden, vor allem bei der Umschulung und der Förderung der beruflichen Vollausbildung. Auch die familiäre Situation ist wichtig. Wiesbaden hat eine sehr gute Struktur, was das Angebot von Kindergärten und -tagesstätten betrifft. Das Angebot muss die entsprechenden Mütter und Familien erreichen können. Daran arbeiten wir.

Die Studie zeigt, dass Familien am schnellsten den Ausstieg finden. Haben sie den grösseren finanziellen Druck?
Nein, der Druck ist eigentlich bei den Alleinstehenden viel grösser, schnell eine Arbeit zu finden. Familien fahren mit Sozialhilfe manchmal ja besser, vor allem, wenn das erwartete Erwerbseinkommen niedriger ist als die Sozialhilfe. Die Gründe liegen wohl eher in der grösseren sozialen Kompetenz und gesellschaftlichen Teilhabe, die Mütter und Väter durch ihre Kinder erwerben.

Je jünger die BezügerInnen, um so grösser die Chancen, eine Arbeit zu finden. Muss für Jugendliche nichts getan werden?
Wir haben in Wiesbaden eine Jobgarantie für alle unter zwanzig Jahren. Dazu gehört auch, dass wir Deutschkurse vermitteln oder den Abschluss einer Schulausbildung fördern. Armut vererbt sich nicht über die Eltern, dies ist sicher. Eine erfolgreiche Sozialhilfe drängt auf Ausbildung und Ausbildungsabschlüsse. Dies kann bedeuten, einen Real- statt einen Hauptschulabschluss zu unterstützen oder aber wenigstens gute Noten im Abschlusszeugnis der Hauptschule.

Die Studie verrät eine gewisse Ratlosigkeit gegenüber LangzeitbezieherInnen, die älter oder aber nur eingeschränkt erwerbsfähig sind.
Wir sind in der Tat etwas ratlos, was diese Gruppe betrifft. Klar ist, dass es wenig Sinn macht, ältere Menschen von einer Umschulungsmassnahme in die nächste zu jagen, wenn von vorneherein feststeht, dass sie auf dem regulären Arbeitsmarkt

* Heiner Brülle ist dipl. Soziologe und seit zwanzig Jahren Sozialhilfe- und Jugendhilfeplaner der Stadt Wiesbaden. Zudem führt er teilzeitlich ein freies Planungsbüro. e-mail: bruelle-sozialplanung@t-online.de

sowieso keine Chancen haben. Dennoch soll auch die gesellschaftliche Teilhabe gesichert sein. In Wiesbaden haben wir zum Beispiel einen Biolandbetrieb mit über 300 MitarbeiterInnen. Wir planen, dieses Angebot auszubauen und vor allem an diese Zielgruppe zu richten. Die Teilnahme muss allerdings freiwillig sein, alles andere wäre verrückt.

In Wiesbaden wird NeuantragstellerInnen drei Monate Zeit gegeben, selbst Arbeit zu finden. Wieso?
Eine Hilfe vom ersten Tag an wäre unwirtschaftlich. Es gibt Städte, die mit Angeboten und Massnahmen aufwarten, sobald der Antragsteller in der Tür erscheint. Das gibt schöne Übergangsquoten und eine entsprechende Medienaufmerksamkeit. Ein Vergleich mit unserer Stadt, die erst nach drei Monaten mit Massnahmen beginnt, zeigt aber die gleichen Erfolgsquoten. Mitnahmeeffekte also in anderen Städten, die wir vermeiden wollen. Hilfe zur Selbsthilfe wird bei uns wörtlich genommen. Dies kann heissen, dass mit dem neuen Klienten ein Vertrag aufgesetzt wird, in dem er sich zur aktiven Arbeitssuche verpflichtet. Als Unterstützung in den ersten drei Monaten reicht dies.

Wird aber jemand für den Arbeitsmarkt nicht umso unerreichbarer, je länger er draussen ist?
Die Dauer in der Sozialhilfe ist nicht so entscheidend. Das kann man an den Frauen sehen, die Erziehungszeiten nehmen und hinterher zwar mühsam, aber doch recht erfolgreich in den Arbeitsmarkt zurückkommen. Dass es dort Probleme gibt, liegt nicht daran, dass die Frauen inzwischen abhängig sind von Sozialhilfe, sondern eben zehn Jahre älter geworden sind, was ihre Chancen natürlich beeinträchtigt.

Gibt es in Wiesbaden Kombilohn-Modelle?
Nein. Wenn man sieht, wie viele unserer Sozialhilfebezüger arbeiten, ist die Sozialhilfe schon ein Kombilohn-Modell.

Was halten Sie von der bundesweiten Einführung des «Mainzer Kombilohn-Modells»?
Dieses Modell geht davon aus, dass SozialhilfebezügerInnen nicht arbeiten. In Wiesbaden ist das nicht der Fall. Hier arbeitet ein überdurchschnittlich hoher Anteil von BezügerInnen bereits. Das mag an den hohen Mieten und Lebenskosten liegen, die eine zusätzliche Einkommesquelle notwendig machen. Doch auch andere Städte haben sicherlich einen Erwerbstätigenanteil von über 10 Prozent. Mit dem «Mainzer Modell» werden diese jetzt bestraft, weil nur jene bezuschusst werden, die vorher nicht gearbeitet haben. Unter Umständen ist damit zu rechnen, dass die, die bisher gearbeitet haben, nun kündigen, damit sie auch vom Kombilohn profitieren können. Ich hätte deshalb die Lösung begrüsst, im gesamten Niedriglohnbereich etwas zu tun, zum Beispiel durch Bezuschussung der Sozialversicherungsbeiträge für alle Betroffenen. Dies schien aber wohl zu teuer.

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Studienergebnissen?
Zum einen werden wir die Freiwilligenarbeit für Langzeitbezüger ausbauen, die älter als 50 Jahre sind. Wichtig ist zudem eine aktivere Unterstützung der Alleinerziehenden. Bisher haben wir es den Frauen überlassen zu entscheiden, ob sie während der Erziehungsphase einer Arbeit nachgehen möchten oder nicht. Jetzt möchten wir versuchen, sie zu aktivieren, sich in dieser Zeit zu qualifizieren, denn häufig haben sie keine Ausbildung. Wir haben ein Modellprojekt in zwei Stadtteilen gestartet, wo diese Frauen Deutschkurse besuchen, Schulabschlüsse nachholen und Ausbildungen beginnen können. Die Kinderbetreuung ist dabei gesichert.

Interview: Alexandra Richter